

Dörte Rompel

Die Politisierung von Ethnizität und der Kampf um Staatsbürgerschaft und Partizipation in der Côte d'Ivoire

Im September 2002 trat Guillaume Soro als Generalsekretär einer bewaffneten Rebellion in der Côte d'Ivoire mit der Aussage an, dass die Rebellen ihre Kalaschnikows nur im Tausch gegen ivoirische Personalausweise abgegeben würden. Fünf Jahre später steht der ehemalige Studentenfürer der Regierung der Nationalen Einheit als Premierminister vor. Nachdem sich Staatspräsident Laurent Gbagbo dem Friedensprozess fortwährend und vehement widersetzt hatte, lenkte er Ende 2006 zum direkten Dialog mit seinem Gegner ein, dem Block der Rebellenvereinigungen, die sich zusammen *Forces Nouvelles* (FN) nennen. Unter der Mediation des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré kam das politische Abkommen von Ouagadougou zustande, das Anfang März 2007 von Compaoré, Gbagbo und Soro unterzeichnet wurde. Dieses von den UN (*United Nations*) unterstützte Dokument legt die unterschiedlichen Schritte terminlich fest, die zu freien und fairen Wahlen Ende des Jahres 2007 führen sollten. Die wichtigsten Punkte sind die Bildung einer neuen Einheitsregierung, die Aufhebung der Waffenstillstandszone bzw. der von internationalen Truppen überwachten Pufferzone, die das Land in eine Süd- und eine Nordhälfte teilt, die Entwaffnung der Milizen, die Zusammenlegung der beiden Armeen, die Reintegration der Demobilisierten, die Wiederherstellung der Administration im gesamten Land, die Identifikation der Bevölkerung und daran anschließend die Ausstellung neuer Personalausweise sowie die Erstellung eines Wählerregisters. Außerdem sollen diejenigen Jugendlichen, die nach Ausbruch der Krise den Dienst an der Waffe erlernt haben, einen einjährigen Zivildienst ableisten, über den ihnen die grundlegenden Fertigkeiten für einen zivilen Beruf vermittelt werden.

Somit birgt das neue Friedensabkommen, dessen Umsetzung von einem Komitee, bestehend aus Gbagbo, Soro, Compaoré sowie Alassane Ouattara und Henri Konan Bédié, überwacht wird, keine wesentlichen inhaltlichen Neuerungen im Vergleich zu den Abschlussdokumenten von Linas-Marcoussis, Accra und Pretoria. Was das Abkommen hingegen von den vorhergehenden unterscheidet, ist eine neue Dynamik des Friedens, die sich zunächst primär in symbolischem Handeln widerspiegelt. In Anbetracht der Medien wird deutlich, dass es vor allem die jugendlichen Akteure sind, die

diese neue Dynamik tragen. Erste Annäherungen zwischen den verfeindeten Jugendgruppen hatten sich bereits 2006 abgezeichnet; sie wurden jedoch immer wieder durch *Hardliner* der Regierungspartei FPI (*Front Populaire Ivoirien*) von Präsident Gbagbo unterminiert. Die vorliegende Analyse¹ beleuchtet den politischen Prozess in der Côte d'Ivoire seit 1990 unter besonderer Berücksichtigung von politisierter Ethnizität.

Exklusive ethnische Identitäten werden häufig von den herrschenden Eliten in neopatrimonialen Systemen wie der Côte d'Ivoire politisiert, sobald die staatlichen Ressourcen schwinden und die Legitimität der Herrschaft sinkt. Während ein Teil der herkömmlichen Klientel anhand ethnischer Kriterien von der sozioökonomischen und politischen Teilhabe ausgeschlossen wird, werden die inkludierten Gruppen mittels rassistischer Konzepte ideologisch indoktriniert, so dass ihre Bereitschaft wächst, ihre Vormachtstellung, die sie in ihrer Führung verwirklicht sehen, gewaltsam zu erringen bzw. zu sichern (vgl. Kößler & Schiel 1997; Lentz 2001; Gentili 2005).

In diesem Artikel wird untersucht, mit welchen Semantiken und Praktiken ethnische Identitäten zur Steuerung von Inklusions- und Exklusionsprozessen in der Côte d'Ivoire konstruiert und instrumentalisiert werden. Der Untersuchungsfokus richtet sich dabei vornehmlich auf die Jugendlichen, die als wichtige Träger dieser Prozesse fungieren.² Schließlich sind es auf der einen Seite überwiegend sozial, ökonomisch und politisch marginalisierte Jugendliche, die sich über die Politisierung von Ethnizität für die Interessen der politischen Eliten instrumentalisieren lassen. Auf der anderen Seite sind es vor allem junge Menschen, die sich gegen ihre Exklusion mobilisieren und ihren Platz in der Gesellschaft vehement einfordern. Anhand der soziopolitischen Kategorie Jugend wird deshalb im Folgenden der durch die Politisierung von Ethnizität vollzogene Polarisierungsprozess der gesamten ivoirischen Bevölkerung exemplarisch nachvollzogen. Vor diesem Hintergrund wird abschließend die sogenannte neue Dynamik des Friedens auf ihre Risiken und Potenziale hin untersucht.

Vorab seien ausgewählte länderkundliche Informationen zur Côte d'Ivoire zusammengefasst: 1893 wurde die Côte d'Ivoire offiziell zur französischen Kolonie erklärt. In den damals festgelegten Grenzen besteht sie bis heute. Das 322.000 Quadratkilometer große Küstenland wurde 1960 unabhängig. Sein Süden liegt in der Regenwald- und sein Norden in der Savannenzonen. Es beheimatet über 60 Ethnien, die sich grob in vier große ethnolinguistische Bevölkerungsgruppen aufteilen lassen: (1) die Akan-Gruppen im Südosten, z.B. die Baoulé, (2) im Südwesten die Kru-Gruppen, unter diesen die Bété, (3) die Volta- oder Gur-Gruppen im Nordosten, z.B. die Senufo, und (4) die Mande-Gruppen im Nordwesten, beispielsweise die Malinke. Die beiden großen Bevölkerungsgruppen des Südens sind überwiegend durch Christentum und Lokalreligionen geprägt. Die Ethnien des Nordens sind zumeist muslimischen Glaubens und werden Nordisten oder Dioula (zum Begriff s.u.) genannt. Alle vier Gruppen sind auch in den angrenzenden Nachbarländern vertreten. Durch massive interne Migrationsprozesse sind vor allem im Südteil der Côte d'Ivoire

heute alle Ethnien präsent. Bei der letzten nationalen Volkszählung 1998 wurden 26 % der Gesamtbevölkerung, die sich heute auf knapp 18 Mio. Personen beläuft, als nicht ivoirisch klassifiziert. Mit diesem Ausländeranteil liegt die Côte d'Ivoire im internationalen Vergleich zwar mit an der Spitze, jedoch ist darauf zu verweisen, dass etwa die Hälfte (47,3 %) der gezählten Ausländer als sog. Immigranten der zweiten und dritten Generation in der Côte d'Ivoire geboren ist (vgl. Bouquet 2003: 1ff).

Der Kampf Houphouët-Boignys gegen den politischen Widerstand der Jugend (1990-1993)

Bis Anfang der 1980er Jahre galten die Sekundarschüler und Studenten als Privilegierte des neopatrimonialen Einparteiensystems, und ihr sozialer Aufstieg in die herrschende Klasse war gesichert. Doch mit der andauernden wirtschaftlichen Rezession und den Strukturanpassungsprogrammen schrumpfte in den 1980er Jahren der Kooptationsspielraum des Staates, so dass nur noch Einzelpersonen in die politischen und administrativen Strukturen integriert werden konnten. Als Folge der sich verschlechternden Lebensbedingungen und Zukunftsaussichten nahm die Einflussnahme der herrschenden Eliten auf die Jugend sukzessive ab.

Schnell wuchs der Widerstand der Schüler und Studenten gegen das herrschende Regime der PDCI (*Parti Démocratique de Côte d'Ivoire*), das viel mehr mit der Aufrechterhaltung der eigenen Struktur als mit der Bewältigung der sozioökonomischen Krise beschäftigt war. Zur Vertretung ihrer Interessen gründeten einige Studenten 1990 heimlich die *Fédération Estudiantine et Scolaire de Côte d'Ivoire* (FESCI), eine autonome Schüler- und Studentenvereinigung von hoher Mobilisierungskapazität. In den Städten des ganzen Landes schlossen sich Schüler und Studenten zusammen und gründeten eigene FESCI-Sektionen. Die meisten von ihnen sammelten auf diese Weise ihre ersten Erfahrungen mit politischer Partizipation, die mit heftiger Repression seitens der Staatsmacht beantwortet wurde (vgl. Lanoue 2003: 132).

Während die Jugendproteste bis Anfang der 1990er Jahre überwiegend korporatistisch ausgerichtet waren, bezogen die Mitglieder der FESCI zunehmend eine radikale allgemein-politische Position, der sich auch marginalisierte, arbeitslose Jugendliche und schließlich verschiedene sozioprofessionelle Gruppen anschlossen. Erstmals wurde die politische Führung offen für ihre Inkompetenz und Bestechlichkeit angeklagt. Nachdem die öffentlichen Forderungen nach Einberufung einer Nationalkonferenz und Zulassung einer Mehrparteidemokratie nicht abklauten, sah sich Präsident Félix Houphouët-Boigny gezwungen, den Forderungen nachzugeben und den Parteienpluralismus zuzulassen (vgl. Proteau 2002: 101ff). Es folgte eine Welle von Parteigründungen, die sich jedoch mit Ausnahme der sozialistischen FPI unter Führung des Geschichtsprofessors Gbagbo weder inhaltlich noch personell zu einer Alternative zur ehemaligen Einheitspartei PDCI ent-

wickeln konnten. Neben den politischen Parteien wurde im Juli 1990 auch die FESCI offiziell anerkannt.

Die FESCI verstand sich als panafrikanisch und anti-kolonialistisch. Ihre Mitglieder definierten sich nicht über essentialistische Raumdeterminanten wie ihre ethnische, religiöse oder regionale Zugehörigkeit, sondern über die Ablehnung des autoritären Einparteiensystems und die sozialistische Ideologie, die sie mit den politischen Parteien des linken Spektrums verband (vgl. Marshall-Fratani 2004: 27). Auch wenn der Jugendverband besonders viele Standpunkte mit der FPI teilte, so betonten seine Mitglieder doch immer, dass es sich um eine autonome Organisation ohne Parteianbindung handele (vgl. Proteau 2002: 100). Die meisten Aktivisten der FESCI stammten aus mittelständischen Haushalten. Ihre Gemeinschaft widersetzte sich dem neopatrimonialen Staatsmodell, in dem sich Houphouët-Boigny als 'Vater der Nation' ausgab, der für Sicherheit und Einheit der 'ivorischen Familie' Sorge trägt. Für die Jugendlichen symbolisierte der Staat jedoch keineswegs eine Schutzmacht, sondern vielmehr eine Bedrohung, da er willkürlich, d.h. ohne rechtsstaatliche Verfahren, gegenüber den Bürgern Gewalt ausübte (vgl. ebd.: 152ff).

Diese jungen Menschen, denen in ihren Familien zumeist kein Anspruch auf eine eigene Meinung und autonomes Handeln zugestanden wurde, setzten sich zum Ziel, mit einer Tradition zu brechen, in der junge Menschen über kein Anrecht auf gesellschaftspolitische Teilhabe verfügen. Die Handlungsressourcen der FESCIsten bestanden aus Instrumenten des zivilen Widerstandes wie Streiks, Demonstrationsmärschen, Deklarationen, Memoranden, Pressemitteilungen, Examensboykotten und Besetzungen der Universitätsverwaltung durch Sitz- und Hungerstreiks. Um gegen den gewalttätigen Staat zu protestieren, sahen die FESCI-Aktivisten zunehmend auch den Einsatz von Gewalt gegen öffentliche Gegenstände und Einrichtungen als legitime Handlungsressource an (vgl. Lanoue 2003: 132). Mit ihrem politischen Engagement nahmen sie ein großes persönliches Risiko auf sich, etwa den Verlust von Stipendien, Wohnheim- oder Studienplätzen, Schulverweise, körperliche Gewalt, Haft, öffentliche Demütigung, Exil oder Ausschluss vom Staatsdienst. Doch durch die gemeinsame Idee einer demokratischen Gesellschaft, die tendenziell gemeinsame soziale Lage und die Erfahrung mit der repressiven Staatsgewalt entwickelten sie ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl, das ihren Widerstand wachsen ließ.

Bei den exekutiven und legislativen Wahlgängen 1990 waren Ausländer aus den Mitgliedstaaten der CEDEAO (*Commission Économique des États de l'Afrique de l'Ouest*) stimmberechtigt. Während sich Gbagbo mit einem nationalistischen Diskurs gegen diese Wahlpraxis wandte, verwies die PDCI auf deren integrative Wirkung (vgl. Zoro-Bi 2004: 81). Auch wenn die Legitimität Houphouët-Boignys und seiner Partei geschwächt war, konnte die PDCI ihren Hegemonialanspruch weiterhin geltend machen, indem sie ihre landesweiten Klientelstrukturen mobilisierte und sich so die Loyalität der Bevölkerungsmehrheit sicherte. Somit setzte sich Houphouët-

Boigny gegen seinen schärfsten Konkurrenten Gbagbo durch. Auch im Parlament sicherte sich die PDCI weiterhin die absolute Mehrheit.

Während sich in den folgenden Jahren das politische Regime reautokratisierte, wurden die Proteste seitens der FESCI fortgeführt. Die wohl prägendste traumatisierende kollektive Gewalterfahrung mit der Staatsgewalt machten die Studenten auf dem Campus von Yopougon in Abidjan im Mai 1991, als eine Interventionstruppe der Armee, unter dem Kommando von General Robert Guéi, die Studentenwohnheime stürmte. Die Soldaten plünderten, misshandelten, vergewaltigten und nahmen zahlreiche Studenten fest. Nach weiteren Protesten wurde die FESCI verboten, und aus Sorge vor einer Spaltung der Armee wurden keine Disziplinarverfahren gegen die Verantwortlichen für die Verbrechen eingeleitet (vgl. Daddieh 1996: 59).

Trotz ihres Verbots trat die FESCI weiterhin unter demselben Namen als kollektiver politischer Akteur auf und nahm sogar an öffentlichen Bildungsforen teil. Der Verband war somit zwar „inoffiziell geduldet“ (Jakobeit 1995: 89), aber wenn sich das Regime eines jungen Kritikers entledigen wollte, konnte es diesen mit einem vordergründig rechtsstaatlichen Verfahren jederzeit sanktionieren.

Die staatlichen Schüler- und Studentenvereinigungen verstanden sich im Gegensatz zur FESCI als ‘patriotische’ und ‘partizipative’ Verbände, die ihre Aufgabe in der Unterstützung und Legitimation des herrschenden Regimes sahen. Sie verurteilten die Protestaktionen der FESCI als destruktiv und als Affront gegen das Vaterland, das sie in Houphouët-Boigny und der PDCI verkörpert sahen (vgl. N’Da 1993: 523). Wegen einer schwach ausgeprägten Gruppenidentität, die hauptsächlich auf Patronage beruhte, blieb ihr Machtpotenzial sehr gering.

Die Spaltung der ivoirischen Gesellschaft durch politisierte Ethnizität in der Ära Bédié (1993-1999)

Als Houphouët-Boigny 1993 starb, folgte ihm der amtierende Parlamentspräsident Bédié, ebenfalls ein Baoulé, in das Präsidentenamt. Premierminister Ouattara, ein Malinke und größter Widersacher Bédiés, legte daraufhin sein Amt nieder, trat aus der PDCI aus und gründete 1994 zusammen mit anderen PDCI-Mitgliedern die RDR (*Rassemblement des Républicains*). Mit dieser Parteigründung wurde die alte Nord-Süd-Allianz zwischen den überwiegend christlichen Akan und den vornehmlich muslimisch geprägten Ethnien der nördlichen Côte d’Ivoire aufgebrochen und die Ethnisierung und Regionalisierung der politischen Parteien forciert. Während die PDCI auf ihre Akan-Basis zurückgeworfen war, und die RDR einen Großteil ihrer Anhänger unter Nordisten rekrutierte, stützte sich die FPI größtenteils auf Angehörige der Ethnie Bété und eine Jugend, die sich zu diesem Zeitpunkt noch durch ethnische, regionale und religiöse Heterogenität auszeichnete.

In Vorbereitung auf die Wahlen 1995, bei denen Bédié von Gbagbo und Ouattara herausgefordert wurde, erfüllte er eine langjährige Forderung der FPI und schaffte das Ausländerwahlrecht ab, das der PDCI zuvor viele Wählerstimmen gesichert hatte, und modifizierte das passive Wahlrecht durch die Einführung der Ivoiritäts-Klausel, die sich gegen die Kandidatur Ouattaras richtete. Artikel 49 legte fest, dass beide Elternteile eines Präsidentschaftskandidaten ihre ivoirische Abstammung nachweisen müssen und der rechtmäßige Kandidat die letzten fünf Jahre in der Côte d'Ivoire gelebt haben muss. Ouattara aber hatte das Land kurz zuvor verlassen, um beim Internationalen Währungsfonds in Washington zu arbeiten. Außerdem unterstellte Bédié ihm, sein Vater und somit auch der Sohn seien Burkinaben. Deshalb Ouattara habe kein Recht, sich in die Angelegenheiten der politischen Nachfolge einzumischen (vgl. Bédié 1999: 147). Ab 1994 begann eine breit angelegte Medienkampagne, die propagierte, dass ein Ausländer kein Recht habe, für ein politisches Amt in der Côte d'Ivoire zu kandidieren.

Die FPI, die den aufkommenden nationalistischen Diskurs unter Bédié mittrug, sah keine Voraussetzungen für freie Wahlen. Sie schloss sich deshalb mit der RDR zu einer Volksfront zusammen und boykottierte 1995 die Präsidentschaftswahlen. Die Wahlen, bei denen Bédié im Amt bestätigt wurde, waren von gewaltsamen Ausschreitungen zwischen den staatlichen Sicherheitskräften und der Opposition einerseits sowie interethnischer Gewalt zwischen Baoulé und Bété im Südwesten des Landes andererseits geprägt (vgl. Jakobeit 1996: 100f).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre baute Bédié seine Macht weiter aus, indem er seine präsidialen Befugnisse erweiterte, die staatliche Repression gegen seine politischen Gegner erhöhte und eine ethnonationalistische und regionalistische Politik betrieb. Eine Gruppe von Intellektuellen, die Bédié mit der Konzeptualisierung der Ivoirität beauftragt hatte, legte fest, dass eine Person nur dann für sich Ivoirität beanspruchen könne, wenn beide Elternteile von einer der vermeintlich autochthonen Ethnien der Côte d'Ivoire abstammten (vgl. CURDIPHE 1996: 46). Schließlich wurde die ivoirische Bevölkerung anhand der Abstammung folgendermaßen kategorisiert: Akan und Kru galten als ursprüngliche Ivorer, und die Ethnien des Nordens und Ivorer mit Migrationshintergrund als Ivorer zweifelhafter Herkunft. Seither stehen Träger von Patronymen aus dem Norden wie Ouattara, Koné etc. grundsätzlich unter dem Verdacht, der Residualkategorie, den Ausländern, anzugehören. Vermeintliche Autochthonie wurde unter Bédié zu einem Faktor, der über die Gewährung der Bürgerrechte und letztlich sogar der Menschenrechte entschied.

Viele der Immigranten, die bereits vor Jahrzehnten in die Côte d'Ivoire gekommen waren und sich dort eine Existenz aufgebaut hatten, hatten unter Houphouët-Boigny weder für sich noch für ihre in der Côte d'Ivoire geborenen Kinder die ivoirische Staatsangehörigkeit eingefordert. Um sich jedoch vor der wachsenden Diskriminierung unter Bédié zu schützen, versuchten nun viele Ivorer mit und ohne Migrationserfahrung, oft vergeblich, ihr Recht auf einen ivoirischen Personalausweis geltend zu machen. Zwei

Jahre vor den geplanten Wahlen im Jahr 2000 veröffentlichte der nationale Wirtschafts- und Sozialrat einen Bericht mit dem Titel „Einwanderung in die Côte d'Ivoire: Die Toleranzschwelle ist lange überschritten“ (Ü.d.V.). Die Autoren warnten vor einer unkontrollierten 'Ausländerflut' und einer Einbürgerungswelle von 'Ausländern in zweiter Generation', die darauf abzielten, erst die ivoirische Wirtschaft zu monopolisieren und dann die politische Macht zu ergreifen (vgl. CES 1998: 71 ff). Bédié entsprach ihrer Forderung, eine rigorosere Politik gegenüber Ausländern zu implementieren, welche die ivoirische Staatsbürgerschaft beantragten (vgl. Coulibaly 2002: 2).

In der von ökonomischer Unsicherheit geprägten Zeit stieg unter vielen Ivorern des Südens mit der Angst vor der inszenierten Bedrohung durch die Ausländer auch die Popularität des Konzepts der Ivorität. Die Umschreibung der Doktrin in Gesetze versprach ihnen neue Appropriationschancen, wie das Beispiel der Bodenrechtsreform von 1998 zeigt. Unter Houphouët-Boigny hatte die Regel gegolten, dass jeder, unabhängig von seiner ethnischen oder nationalen Zugehörigkeit, einen Besitzanspruch auf den Boden hat, den er kultiviert. Das neue Bodenrecht sah hingegen vor, dass nur noch Ivorer, der Staat und lokale Autoritäten Land besitzen dürfen (vgl. Chauveau 2000: 97). Bédié rief junge, arbeitslose Ivorer in den Städten auf, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren und sich dort den ihnen angestammten Boden anzueignen, auf dem mittlerweile meist Migranten lebten. Auf diese Weise versuchte er, das Bedrohungspotenzial dieser marginalisierten Bevölkerungsgruppe zu zerstreuen.

Die FESCI in der Ära Bédié

Opfer der Politik Bédiés waren nicht nur Ausländer und Dioula, sondern die politische Opposition und mit dieser die in der FESCI organisierte Jugend. Der Jugendverband führte trotz seines Verbots den Kampf gegen das autokratische Regime Bédiés fort. Die FESCI, die von der PDCI als der gewaltsame Arm der Oppositionsparteien denunziert wurde, unterstützte den Wahlboykott der Volksfront aus FPI und RDR, wobei sie der sozialistischen FPI näher stand als der liberalen RDR, die sich zudem aus früheren Kontrahenten der FESCI, wie dem ehemaligen Premierminister Ouattara, zusammensetzte (vgl. Konaté 2003: 57). Diese strategische Allianz verstärkte die Verfolgung der FESCISTen, allen voran des amtierenden Generalsekretärs, Guillaume Soros, durch die staatlichen Sicherheitskräfte.

Im Gefolge anhaltender Schüler- und Studentenunruhen 1997 wurde die FESCI schließlich wieder zugelassen. Ihre Rehabilitierung war ein großer Erfolg für Soro, der während seiner Amtszeit mehrfach inhaftiert und gefoltert worden war. Seine Popularität unter den Schülern und Studenten resultierte besonders aus seinem Engagement gegen die Korruption in den Bildungsinstitutionen des Landes (vgl. ebd.: 54).

Die strategische Allianz aus RDR, FPI und FESCI, die 1995 die Wahlen boykottiert hatte, löste sich im Hinblick auf das Wahljahr 2000 langsam auf. RDR und FPI konkur-

rierten um die Kooperation mit der FESCI, deren ungebrochenes Mobilisierungspotenzial eine bedeutende Machtressource für den Wahlkampf darstellte. Soro hatte sich immer für die Autonomie der Jugendorganisation stark gemacht und gegen eine Parteinahme ausgesprochen (vgl. Soro 2005: 50ff). Doch nach dem Ende seiner Amtszeit 1998 wurde der Kampf um die politische Nachfolge zwischen den beiden großen Oppositionsparteien im Vorfeld der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen durch die zur Wahl des FESCI-Generalsekretärs stehenden Kandidaten ausgetragen.

Der FESCI-Kongress im Dezember 1998, bei dem der neue Generalsekretär gewählt werden sollte, war von heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Organisation gekennzeichnet. Die Repräsentanten der wichtigsten politischen Oppositionsparteien RDR und FPI waren bei der Veranstaltungseröffnung zugegen. Neben dem von Soro vorgeschlagenen Karamogo Yayoro, dem heutigen Anführer der Jugendorganisation der RDR, kandidierte auch der von der FPI unterstützte Blé Goudé für das Amt des Generalsekretärs. Goudé warf dem Senufo Soro vor, ausschließlich einen Nordisten für dessen Nachfolge vorzusehen (vgl. Konaté 2003: 59f). Soro erklärt, bis zu diesem Zeitpunkt habe es eine derartige tribalistische Argumentation in der FESCI nicht gegeben. Zudem sei Yayoro kein Nordist, sondern ein Gouro, gehöre somit einer Ethnie aus dem Zentrum des Landes an (vgl. 2005: 56). Diese Tatsache offenbart Goudés Strategie, durch Manipulation und politische Instrumentalisierung von Ethnizität seine Macht auszubauen.

Nachdem es zu gewaltsamen Konfrontationen zwischen bewaffneten, jungen Männern gekommen war, die den unterschiedlichen Kandidaten anhingen, ging schließlich Goudé als Sieger aus der Wahl hervor. Erst viele Jahre später, im Jahr 2002, erklärte Goudé öffentlich, dass dieser Sieg über seine Kontrahenten der Sieg Gbagbos über Ouattara sei. Der FESCI-Kongress im Jahr 1998 läutete eine neue Ära ein, in der politisierte Ethnizität als Mobilisationsressource zum Einsatz kam und gewaltsame Praktiken, z.B. das Zusammenschlagen und Verbrennen von politischen Gegnern, zur Regel wurde (vgl. Konaté 2003: 59f). Die Polarisierung der Jugend durch die Ivorität begann unter den Studenten und wurde von diesen über das effektive Netzwerk der FESCI in die Schulen und Universitäten des ganzen Landes getragen. Nach dem Schulterchluss mit der FPI zog sich Soro enttäuscht aus der Organisation zurück und nahm ein Studium in Frankreich auf (vgl. Soro 2005: 57). Auch nach dem Amtsantritt Goudés gab die FESCI-Führung weiterhin vor, eine panafrikanistische, anti-imperialistische, sozialistische und demokratische Position zu vertreten. Dieser Haltung widerspricht allerdings der massive Gewalteinsatz gegen kritische Stimmen inner- und außerhalb der Organisation (vgl. Proteau 2005: 258).

Bédié geht, die Ivorität bleibt!

Nach dem Sturz Bédiés an Weihnachten 1999 wurde eine Militärjunta unter Interimspräsident Guéi einberufen, die der Ivoritäts-Doktrin und der Korruption den Kampf

ansagte und die versprach, die Macht schnellstmöglich durch demokratische Wahlen an eine zivile Regierung zu übergeben. Mit Ausnahme der PDCI-Anhänger begrüßte die ivoirische Bevölkerung den Sturz des autokratischen Herrschers und feierte in Zuversicht auf eine demokratische Zukunft (vgl. Vidal 2003: 1).

In Vorbereitung auf die geplanten Wahlen und zur Ausarbeitung eines Verfassungsreferendums bildete Guéi eine Übergangsregierung, an der FPI und RDR partizipierten, während die PDCI die Zusammenarbeit verweigerte. Als jedoch die FPI mit dem Vorwurf, das Kräfteverhältnis der Übergangsregierung sei zugunsten der RDR ausgerichtet, mit ihrem Rücktritt drohte, stellte Guéi eine neue Regierung zusammen. Nun standen zahlreiche FPI-Minister einem RDR-Repräsentanten gegenüber, der schließlich zurücktrat. Die FPI nutzte ihre Stellung in der Übergangsregierung, um die RDR der Fälschung von Personalausweisen und der Vorbereitung von Wahlbetrug zu beschuldigen und Ouattara wiederholt als Burkinabe zu disqualifizieren (vgl. Banégas & Losch 2002: 149). Durch die enge Kooperation Guéis mit der FPI im Wahljahr 2000 erlangte die FESCI neue Handlungsressourcen, die es ihr ermöglichten, in den Schulen und Universitäten eine hegemoniale Position zu erringen. Sie stellte eigene Sicherheitskräfte auf, öffnete vorübergehend ein Gefängnis in einem Studentenwohnheim und verhinderte regelmäßig den Verkauf FPI-kritischer Zeitungen auf dem Campus. Unter Führung Goudés hatte sich die FESCI tatsächlich zum bewaffneten Arm der FPI entwickelt (vgl. Konaté 2003: 60ff).

Guéi, der zuvor versichert hatte, über die Transitionsphase hinaus keine persönlichen politischen Ambitionen zu hegen, änderte im Verlauf des Jahres 2000 seine Meinung. Sich der ungefähren Stimmverhältnisse bewusst, identifizierte er Ouattara als seinen stärksten Rivalen. Kurz bevor ein bereits mit der RDR erarbeitetes Verfassungsreferendum dem Volk zur Abstimmung vorgestellt wurde, modifizierte Guéi in Einvernehmen mit der FPI einige Artikel, um die Kandidatur Ouattaras zu verhindern. Schließlich gestaltete sich die neue Verfassung bezüglich der Kriterien für die Präsidentschaftskandidatur noch restriktiver als die vorhergehende (vgl. Jakobeit 2001: 93).

Mit einer von der PDCI und der FPI übernommenen ultranationalistischen und xenophoben Rhetorik, die sich besonders vehement gegen Ouattara und die vermeintliche Okkupation der Côte d'Ivoire durch Ausländer richtete, versuchte Guéi, Stimmen für sich und die Wahl seiner Partei, die UPDCI (*Union pour la Démocratie et la Paix en Côte d'Ivoire*), zu gewinnen. Es bildete sich eine Allianz aus Vertretern der Ivoirität, die sich aus den Reihen der PDCI, der UDPCI, der FPI und der ihr angegliederten FESCI zusammensetzte (vgl. Zoro-Bi 2004: 106). In einer großen Medienoffensive wandte sich die Allianz unter dem Motto 'Alles außer Ouattara' gegen dessen Kandidatur und gegen den Islam. Zudem trat sie für ein Ende der Einwanderung ein und stellte die Staatsbürgerschaft von Nordisten generell in Frage. Zunehmend radikalisierten sich auch die Anhänger der RDR, deren Gegendemonstrationen brutal niedergeschlagen wurden (vgl. Bouquet 2005: 54ff).

Trotz der Forderung der Internationalen Gemeinschaft, alle Kandidaten zuzulassen, wurden im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen Ouattara, Bédié und ein Dutzend anderer Präsidentschaftsanwärter von der Kandidatur ausgeschlossen. Dieser Ausschluss mündete bei der Wahl des Präsidenten im Oktober 2000 in einer Wahlbeteiligung von 37 %. Als sich abzeichnete, dass Gbagbo mit 60 % der abgegebenen Stimmen gegen Guéi (33 %) gewinnen würde, suspendierte dieser den Auszählungsprozess und proklamierte sich selbst zum Präsidenten der II. Republik. Schließlich konnten sich die demonstrierenden FPI-Anhänger und FESCIsten zusammen mit den FPI-treuen Offizieren der Gendarmerie durchsetzen und Guéi in die Flucht schlagen, so dass Gbagbo als Sieger aus den Wahlen hervorging (vgl. Rueff 2004: 29f). Gbagbo, der früher ein Idol der vereinten oppositionellen Jugend dargestellt hatte, mutierte im Wahljahr 2000 zur exklusiven Hoffnung junger Bété und verwandter ethnischer Gruppen, die glaubten, durch seinen Sieg Zugang zu den staatlichen Ressourcen zu erhalten.

Vom Amtsantritt Gbagbos zur bewaffneten Rebellion

Als Gbagbo nach den von Exklusivität und Gewalt gekennzeichneten Wahlen im Oktober 2000 die Annahme des Präsidentenamtes erklärte, zogen jugendliche RDR-Anhänger im ganzen Land auf die Straßen und forderten demokratische Neuwahlen. Mithilfe von jugendlichen FPI- und FESCI-Aktivisten gingen Polizei und Gendarmerie gewaltsam gegen die Demonstranten vor und verbreiteten durch willkürliche Verhaftungen, Folter, Vergewaltigungen, Plünderungen und extralegale Hinrichtungen nicht nur unter den Anhängern der RDR, sondern unter allen Dioula ein Klima der Angst (vgl. HRW 2000: 1). Ungeachtet dieser Gewalt formierte Gbagbo sein Kabinett, an dem auch die PDCI beteiligt war.

Die Gewaltexzesse veranlassten den ehemaligen FESCI-Generalsekretär Soro, entgegen seiner sozialistischen Überzeugung, als unabhängiger Listenkandidat die liberale RDR im Wahlkampf zu unterstützen. Mit dieser Entscheidung wollte Soro nach eigenen Angaben ein Zeichen gegen die sich abzeichnende Diktatur Gbagbos setzen (vgl. 2005: 58f). Die Situation verschärfte sich weiter, als der Oberste Gerichtshof die Kandidatur Ouattaras bei den legislativen Wahlen im Dezember 2000, wegen mangelnder Beweise seiner ivoirischen Staatsangehörigkeit bzw. zweifelhafter Ivorität, für ungültig erklärte. Die RDR protestierte gegen diese Entscheidung und rief schließlich zu einem gewaltfreien Boykott der Parlamentswahlen im Dezember auf. Den trotz eines Verbots stattfindenden Demonstrationen der RDR, bei denen mittlerweile einige der jungen Aktivisten mit Knüppeln und Macheten bewaffnet waren, begegneten die Sicherheitskräfte, unterstützt von FPI- und FESCI-Aktivisten, wiederholt mit massiver Gewalt (vgl. Rueff 2004: 31). Letztlich enthielten sich bei den Parlamentswahlen 77 % der wahlberechtigten Bevölkerung ihrer Stimme, und die FPI gewann 96 und die PDCI 94 der 225 Mandate (vgl. Jakobeit 2001: 95).

Die angespannte politische Lage beruhigte sich auch nach dem Jahreswechsel nicht. Im Januar 2001 versuchte eine Gruppe junger Soldaten, überwiegend Dioula, das Regime der FPI zu stürzen. Die Gendarmerie wusste dieses Vorhaben zu verhindern und die Putschisten flüchteten, wie ihr Anführer Ibrahim Coulibaly zuvor, nach Burkina Faso (vgl. Hofnung 2005: 57). Die Erklärung der Regierung, dass die Putschisten von den im Norden an die Côte d'Ivoire angrenzenden Nachbarländern unterstützt worden seien, löste eine neue Welle der Gewalt gegen Immigranten und Nordisten aus. Das Jahr 2001 war von Festnahmen und monatelangen Inhaftierungen von RDR-Anhängern geprägt (vgl. ai 2003: 4).

Wie Guéi betrieb auch Gbagbo die Ethnisierung der Streit- und Sicherheitskräfte zu eigenen Gunsten: Während er die Kapazitäten der Armee abbaute, indem er einen Großteil der von Guéi eingestellten Soldaten und Nordisten entließ, rekrutierte er den Nachwuchs, mit dem er die Polizei und Gendarmerie stärkte, unter den Bété und verwandten ethnischen Gruppen. Er ernannte Gefolgsleute aus seiner Heimatregion im Südwesten der Côte d'Ivoire zum Verteidigungsminister, zum Innenminister und zum Armeechef (vgl. Coulibaly 2002: 4).

Aus den Gemeindewahlen, an denen im März 2001 erstmals alle Parteien teilnahmen, ging die RDR, die in 64 der 197 Kommunen die Stimmenmehrheit gewann, als Siegerin hervor. Die FPI interpretierte den Sieg als Beweis für die Nachlässigkeit bei der Ausstellung der Wahlkarten. Um zukünftig dem vermeintlichen Wahlbetrug durch Ausländer vorzubeugen, wurde im April 2002 ein Prozess eingeleitet, durch den innerhalb von drei Jahren die gesamte Bevölkerung registriert und alle ivoirischen Staatsbürger mit fälschungssicheren Personalausweisen ausgestattet werden sollten. Allerdings sollten ausschließlich jene Personen einen neuen ivoirischen Personalausweis erhalten, die ihre autochthone ivoirische Abstammung nachweisen konnten: „Der einzige Beweis der Identität der Eltern ist ihr Ursprungsdorf, nicht ihr Geburtsdorf“ (Dembele 2003: 43; Ü.d.V.). Personen mit uneindeutiger Abstammung wurden auf die Möglichkeit der Einbürgerung verwiesen. Die neuen Identitätsausweise wurden mit einer derartigen Zurückhaltung ausgestellt, dass etwa 20 % der bislang wahlberechtigten Bürger nicht an den Departementwahlen im Juli 2002 teilnehmen konnten (vgl. Bouquet 2003: 6f).

Der gesamte Identifikationsprozess wurde von verschärften Personenkontrollen durch Polizei und Gendarmerie begleitet, die damit begannen – häufig unter Androhung von Gewalt oder Plünderungen von Geschäften und Wohnräumen – Geld von Ausländern und Ivorern mit Patronymen von nördlichen Ethnien zu erpressen. Diese systematische und ethnisch begründete Erniedrigung erklärt die Sympathie, die breite Bevölkerungsteile den Putschisten vom 19. September 2002 entgegenbrachten.

Die Rebellion gegen die Ivorität

Die Rebellen, mit Soro als Generalsekretär an ihrer Spitze, forderten den Rücktritt der Regierung, faire Neuwahlen unter Zulassung aller Präsidentschaftskandidaten und die Aussöhnung der durch die Ivorität gespaltenen Bevölkerung. Sie scheiterten zwar mit ihrem Vorhaben, Gbagbo zu stürzen, doch es gelang ihnen, die Kontrolle über den Nordteil des Landes zu übernehmen. Schließlich wurden französische, CEDEAO- und UN-Soldaten zur Bewachung des Waffenstillstands von Oktober 2002 und zur Friedenssicherung in der Côte d'Ivoire stationiert.

Gbagbos Appell, die Côte d'Ivoire gegen den Angriff der Rebellen zu verteidigen, erfuhr besonders unter seinen jungen Anhängern Resonanz. Mit dem Ziel, die 'republikanischen Institutionen' zu schützen, formierte Gbagbos Vertrauter Goudé, der selbsternannte 'General der Jugend', einen Dachverband für die Bewegung der sog. Jungen Patrioten, dem auch die FESCI zuzurechnen ist. Im ganzen südlichen Landesteil gründeten Jugendliche im Namen des 'ivorischen Patriotismus' und mit Unterstützung der FPI sog. 'Selbstverteidigungseinheiten', wie die vom ehemaligen FESCI-Generalsekretär Djué geführte Miliz zur Befreiung der Côte d'Ivoire (vgl. Konaté 2003: 62f). Es fand ein regelrechter Wettbewerb um die radikalste Organisation und somit um die Gunst des Staatspräsidenten statt. Die Gesamtheit der Jungen Patrioten fungiert als Mobilisierungsinstrument der FPI und gleichermaßen als ihr Sprachrohr. Zusammen mit den staatlichen Sicherheitskräften organisierten sie die systematische Verfolgung und Tötung von Oppositionellen, Nordisten und Ausländern (vgl. Laloupe 2004: 173).

Die durch die FPI monopolisierten Medien spielen bei der Mobilisierung der Jungen Patrioten eine herausragende Rolle. In diesen wurden nach Ausbruch der Krise deren Ursachen nicht analysiert, sondern die Rebellen gezielt als gefährliche Ausländer und unmenschliche Gewalttäter diffamiert, die rauben, vergewaltigen und grundlos töten (vgl. RSF 2005: 3). Verbunden sind die verschiedenen Organisationen durch einen ideologischen Kern, bestehend aus dem Anti-Imperialismus und der ultranationalistischen Ivorität. Die Anführer der Gruppen betonten ihre Jugendlichkeit und verstehen sich als Gründungsmitglieder einer neuen, unabhängigen Nation, die auf Autochthonie basiert (vgl. Arnaut 2005: 112). Allerdings funktioniert die Mobilisierung der Jungen Patrioten nicht nur über die gemeinsame Ideologie, sondern auch über konkrete materielle Anreize.

Der blockierte Friedensprozess

Bereits im Januar 2003 wurde im französischen Linas-Marcoussis ein umfassendes Friedensabkommen unter Beteiligung aller wichtigen politischen Formationen der Côte d'Ivoire beschlossen. Dieses sieht vor, dass Präsident Gbagbo zwar im

Amt bleibt, jedoch einen Großteil seiner exekutiven Vollmachten auf einen Premierminister überträgt. Eine Regierung der Nationalen Einheit aus Rebellen und allen großen politischen Parteien erhielt die Aufgabe, transparente und demokratische Wahlen im Jahr 2005 vorzubereiten. Das Friedensabkommen sah ein Demobilisierungs-, Entwaffnungs- und Reintegrationsprogramm (DDR) für Bürgerkriegskombattanten, die Neuformierung der Sicherheits- und Verteidigungskräfte und eine Amnestie für die Rebellen vor, und es verpflichtete die neue Regierung, den nationalen Identifizierungsprozess zu suspendieren und die Identifizierungs- und Einbürgerungsverfahren zu vereinfachen. Außerdem wurde festgelegt, dass das restriktive Bodenrecht revidiert und die Kriterien für die Präsidentschaftskandidatur gelockert werden müssen. Ein Kandidat solle von nun an nur noch ein ivoirisches Elternteil vorweisen müssen.

Das Friedensabkommen von Linas-Marcoussis rief den Widerstand der FPI und ihrer Jungen Patrioten hervor, die es als neo-kolonialistisches Produkt Frankreichs und Parteinahme zugunsten der Rebellion beurteilten. Die Folgen waren Protestaktionen der Jungen Patrioten, die sich öffentlich zu ihrer Ausländerfeindlichkeit bekannten, welche sich ab diesem Zeitpunkt auch explizit gegen Franzosen richtete (vgl. Konaté 2003: 66).

Trotz zahlreicher Nachverhandlungen des Friedensabkommens unter afrikanischer Ägide konnte der oben beschriebene Kern der Reformagenda nicht umgesetzt werden. Stattdessen war die Folgezeit von beidseitiger Aufrüstung und steigendem Misstrauen zwischen den Konfliktparteien gekennzeichnet. Gbagbo brach sogar das Waffenstillstandsabkommen mehrfach. Als er im November 2004 Luftangriffe gegen zivile Einrichtungen und Stellungen der FN im Norden fliegen ließ, intervenierte die internationale Friedenstruppe nicht. Erst als ein französischer Stützpunkt in Bouaké getroffen wurde, reagierten die französischen Streitkräfte und zerstörten die ivoirische Luftwaffe.

Augenblicklich mobilisierte Goudé über die öffentlichen und FPI-nahen Medien, in denen er an den 'Patriotismus' und 'Anti-Imperialismus' der Ivorer appellierte, den Widerstand der Jungen Patrioten gegen Frankreich. Daraufhin paralyisierten diese die gesamte Stadt Abidjan. Sie plünderten französische Schulen, Wohnhäuser und Unternehmen und verfolgten in einer Hetzjagd Oppositionelle, Dioula und Ausländer, wobei zahlreiche Frauen vergewaltigt wurden (vgl. Konaté 2005: 124ff). Nachdem etwa 20 Junge Patrioten bei einer Protestaktion von französischen Soldaten erschossen worden waren, heizte sich die anti-französische Stimmung weiter auf. Schließlich verließen über 8.000 französische Staatsbürger das Land, was die Schließung hunderter kleiner und mittlerer Unternehmen und damit den Verlust von etwa 30.000 Arbeitsplätzen allein im formalen Sektor zur Folge hatte. Erst nach diesen Ereignissen verhängte der UN-Sicherheitsrat ein Waffenembargo gegen die Côte d'Ivoire (vgl. Hofnung 2005: 95ff).

Um gemeinsam für die Umsetzung der Reformagenda und gegen die Blockadepolitik Gbagbos einzutreten, hatte sich im März 2004 die G7 gebildet. Diese Gruppe ist eine Koalition aus der Mehrzahl der Unterzeichnerparteien des Friedensabkommens – u.a. die FN, RDR und PDCI. Im Mai 2005 schlossen sich zudem verschiedene Parteien – darunter RDR und PDCI – zur Vereinigung der Houphouëtisten, der RHDP (*Rassemblement des Houphouëtistes pour la Démocratie et la Paix*), mit dem Ziel zusammen, gemeinsam die kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zu gewinnen. Die Jugendabteilungen der Oppositionsparteien arbeiten seither besonders eng zusammen. In ihrem Gründungsabkommen verschreibt sich die RHDP dem sog. Houphouëtismus. Dieser setzt sich aus den Werten der Toleranz, des Dialoges, des Kompromisses und des Friedens zusammen, die nach eigenen Angaben Houphouët-Boignys politisches Handeln bestimmt hätten. Es heißt: „Diese politische Vision hat in der Côte d’Ivoire 40 Jahre politische Stabilität, anhaltendes Wirtschaftswachstum und sozialen Frieden ermöglicht“ (RHDP 2005: 1; Ü.d.V.). Diese euphemistische Darstellung der ivoirischen Geschichte bis zum ersten Putsch 1999 blendet die neopatrimoniale Herrschaft Houphouët-Boignys, die strukturelle Privilegierung der Akan, die sozioökonomische Krise seit den 1980er Jahren und die von Repression und Exklusion gekennzeichnete autoritäre Herrschaftsperiode Bédiés, unter der besonders die RDR-Aktivisten litten, vollständig aus.

Die Chance der FPI, durch demokratische Wahlen die Präsidentschaft zu gewinnen, sind seit dem Wahlbündnis der Opposition sehr gering. Deshalb engagierte sie sich auch nicht für die Umsetzung der Friedensabkommen; stattdessen erfolgten auf dem von ihr kontrollierten Territorium Massaker und die Verfolgung der Opposition. Die PDCI profitierte am meisten von den Bündnissen, da sie dadurch ihre Reputation als ethnonationalistische Partei, die sie Ende der 1990er Jahre war, gegen eine moderate Erscheinung auswechseln konnte. Sie rekurriert auf den ‘Gründervater’ der Nation, Houphouët-Boigny, der als Sinnbild für eine friedliche multinationale Côte d’Ivoire und wirtschaftliche Entwicklung konstruiert wird. Mittels des Wahlbündnisses der Houphouëtisten, schuf sie einen Mythos, der die ehemalige Einheitspartei als die richtige Wahl für alle friedliebenden Ivorer darstellt.

Nachdem der UN-Sicherheitsrat schließlich das Mandat von Präsident Gbagbo um zwölf Monate verlängert hatte, wurde Ende 2005 eine neue Regierung der Nationalen Einheit zusammengestellt, der Charles Konan Banny als Premierminister vorstand. Auch diesem übertrug Präsident Gbagbo die exekutiven Vollmachten nicht wie zuvor vereinbart. Als die vom UN-Sicherheitsrat zur Begleitung und Kontrolle des Friedensprozesses autorisierte internationale Arbeitsgruppe Anfang 2006 das Ende des Mandats des Parlaments feststellte, organisierte die FPI über ihre jugendliche Anhängerschaft gewaltsame Übergriffe auf UN-Einrichtungen im gesamten Südteil der Côte d’Ivoire. Einige Aktionen wurden nur durch die Unterstützung der staatlichen Sicherheitskräfte möglich. Die Einflussnahme der Internationalen Ge-

meinschaft wurde als 'Putsch- bzw. Rekolonisierungsversuch' unter Ägide der UN verurteilt (vgl. Le Monde 2006).

Daraufhin verhängte der UN-Sicherheitsrat gegen zwei der Drahtzieher der gewaltsamen Ausschreitungen, nämlich den Anführer der Jungen Patrioten Goudé und den Milizenführer Djué, beide ehemalige Führungskräfte der FESCI, individuelle Sanktionen. Diese auf ein Jahr angesetzten Strafen, bestehend aus dem Einfrieren der Auslandskonten und einem Reiseverbot, wurden ebenfalls gegen den Kommandanten der FN Kakou Fofié verhängt.

Das Jahr 2006 war trotz verschiedener internationaler Mediationsversuche von einer Blockade des Friedensprozesses gekennzeichnet. Die Interessenskonflikte zwischen der G7 und der FPI sowie den ihr angegliederten 'patriotischen Organisationen' entflammten vor allem in Bezug auf die Identifikation der Bevölkerung und die Entwaffnung von Milizen und Rebellen. Während erstere die Identifikation der Bevölkerung und die Ausstellung von Ausweispapieren als Voraussetzung für die Entwaffnung der Kämpfer betrachteten, forderten letztere ein umgekehrtes Vorgehen. Schließlich verkündete die FPI ihre Ablehnung der vereinbarten und bereits angelauten Identifizierungsverfahren. In einem Artikel einer FPI-nahen Zeitung wird deutlich, welche Ressentiments hinter der Haltung der FPI stehen. Es wird erklärt, die nationale Identität befinde sich in Gefahr, da alle auf dem ivoirischen Territorium lebenden Ausländer, ohne die rechtlichen Vorgaben zu erfüllen, im Rahmen des Identifizierungsprozesses die ivoirische Staatsbürgerschaft erhalten könnten und anschließend die Wahlen zu gewinnen drohten (vgl. Notre Voie 2006).

Während FPI-Präsident N'Guessan die gesamte Bevölkerung zum aktiven Widerstand gegen die bereits an verschiedenen Orten arbeitenden Identifizierungseinheiten aufforderte, richtete der Präsident der Jugendorganisation der FPI, Navigué Konaté, seinen Appell zum aktiven Boykott an die Jungen Patrioten. Nachdem die Direktion der Vereinigung der Houphouëtisten im Gegenzug zur Verteidigung des geordneten Ablaufs der Identifizierungsverfahren aufgerufen hatte, kam es zwischen den Aktivisten des Jugendflügels der Houphouëtisten und den Jungen Patrioten zu gewaltsamen Ausschreitungen mit erheblichem Sachschaden und mehreren Toten (vgl. AFP 2006). Wegen des Verzugs der Identifikation der Bevölkerung und somit eines unvollständigen Wählerregisters mussten die Wahlen ein weiteres Mal verschoben werden.

Der politische Prozess seit 2002 zeigt, dass die Jungen Patrioten immer dann gewaltsam in die Öffentlichkeit treten, wenn durch die internationalen Friedensvermittlungen für die FPI ungünstige Entscheidungen getroffen werden. Um die Opposition einzuschüchtern und um sich zu bereichern, verüben Pro-FPI-Milizen in völliger Straffreiheit kriminelle Akte und Menschenrechtsverletzungen wie Raub, Vergewaltigung, Vertreibung und Mord (vgl. ONUCI 2005: 10). Die 'patriotischen' Jugendführer weisen ein ausgeprägtes Verlangen auf, andere zu dominieren. Auch diesbezüglich ist Gewalt ein akzeptiertes Instrument zur Durchsetzung von Individual-

und Gruppeninteressen. Der Besitz von Waffen und Macht sowie eine gewalttätige Rhetorik faszinieren die Jugendlichen und legitimieren ihre Vormachtstellung gegenüber anderen. Die gesamte Bewegung wie auch die einzelnen Organisationen zeichnen sich durch strikte Hierarchien aus, an deren Spitze in der Regel ehemalige oder amtierende FESCI-Führer stehen. Junge Frauen treten ausschließlich bei Protestaktionen in die Öffentlichkeit und fungieren somit als Mobilisierungsressource; insgesamt nehmen sie in der Bewegung eine marginale Position ein. Die Akzeptanz von Gewalt zeigt sich beispielhaft darin, dass die Sanktionierung Djués und Goudés durch die UN nicht zu einem Legitimitätsverlust der beiden Jugendführer, sondern eher zur Steigerung ihrer Popularität geführt hat. Während sich zu Beginn der Krise das Feindbild der 'patriotischen Galaxie' auf die Dioula begrenzt hatte, erweiterte es sich auf Frankreich und die UN, die als parteiische und neo-imperialistische Akteure in der Côte d'Ivoire begriffen werden. Somit verbündeten sich die Jungen Patrioten nicht nur gegen den inneren Feind, inkarniert in der Person Ouattaras, sondern gegen die gesamte Welt, was ihr Zusammengehörigkeitsgefühl immens stärkt.

Wer sind die *Forces Nouvelles*?

Die Mehrheit derjenigen Ivorer, deren Ivorität wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit in Frage gestellt war, entwickelten in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre ein Wir-Gruppen-Gefühl (vgl. Elwert 1989), die Dioula-Identität. Das wichtigste Merkmal dieser kollektiven Identität war zunächst die gemeinsame Religion, der Islam (vgl. LeBlanc 2003). Während der Begriff ursprünglich muslimische Händler bezeichnete, wurde er mit der zunehmenden Diskriminierung der nördlichen Bevölkerung schließlich auch auf aus dem Norden stammende Christen und Anhänger von Lokalreligionen ausgedehnt.³ Die Dioula-Identität kann in diesem Zusammenhang als Widerstandsidentität bezeichnet werden, da sie ein variables und inklusives Gegenkonzept zur exklusiven Ivorität bildet. Die gemeinsame Gewalterfahrung der Dioula hat der Rebellion den Boden bereitet. Allerdings steuerte die politische Führung der FN immer einem Selbstverständnis der Rebellion als ethnischer bzw. als Dioula-Bewegung entgegen. Der Slogan der FN 'Wir gehören zusammen!' ist wichtiger Bestandteil des verbindenden Diskurses, der für alle Menschen unabhängig von ihrer ethnischen Zugehörigkeit gültig ist.

Die Besetzung des Nordens durch die FN territorialisiert den Widerstand gegen das ethnonationalistische Regime der FPI und zielt auf die beispielhafte Veränderung der Gesellschaft im okkupierten Raum. Hier sollen Herrschaftspraktiken, die bestimmte Ethnien diskriminieren, keinen Platz haben. Das Überleben der Bevölkerung in diesem Gegen-Raum wird über das Konzept der Solidargemeinschaft gesichert, das die Bewohner des Nordens in die Pflicht nimmt, Abgaben zu leisten. Allerdings gelingt es den FN nicht, das Gesellschaftsmodell umzusetzen, auf das ihr Kampf abzielt,

nämlich die Etablierung demokratischer Verhältnisse. Die FN geben an, die herkömmliche von der Zentralisierung der Macht, Repression, Korruption und Klientelismus gekennzeichnete ivoirische Politik abzulehnen. Doch auch in ihren Reihen greifen viele der militärischen und politischen Führer auf diese Herrschaftsmethoden zurück, um die eigene Machtposition und den persönlichen Reichtum auszubauen.

Die meisten militärischen und politischen Anführer der Rebellion sind zwischen 30 und 40 Jahre alt. Als ehemalige FESCISTen hegten vor allem die politische Führungskräfte der FN Anfang der 1990er Jahre Sympathien für Gbagbo. Mit ihrer panafrikanischen, anti-imperialistischen und demokratischen Überzeugung haben sie die FN gegründet. Den Widerspruch zwischen der demokratischen Überzeugung und dem Einsatz von Waffengewalt rechtfertigen sie mit der Autokratisierung der illegitimen Herrschaft Gbagbos. Während die militärischen Führer der FN überwiegend von Guéi oder Gbagbo entlassene oder desertierte Soldaten der nationalen Sicherheits- und Streitkräfte sind, rekrutieren sich ihre einfachen Soldaten hauptsächlich aus der Zivilbevölkerung des Nordens. Somit sind die meisten Mitglieder der FN junge, männliche Dioula, deren Biografien durch die strukturelle Diskriminierung ihrer Ethnie gekennzeichnet sind. Viele dieser Jugendlichen kannten vor der Rebellion ihre Bürgerrechte nicht, und nur die wenigsten haben in ihrem bisherigen Leben ihre Stimme bei einer politischen Wahl abgegeben. Den Putschisten gelang es sehr schnell, unter den marginalisierten Jugendlichen ein kollektives Bewusstsein für ihre politische Entmündigung zu entwickeln. Überwiegend mit der Unterstützung der ebenfalls unter der exklusiven Politik leidenden Eltern- und Großelterngenerationen erklärten sich die jungen Menschen zum bewaffneten Kampf für den Sturz des FPI-Regimes und eine Umkehr der bestehenden Macht- und Verteilungsverhältnisse bereit.

Auch wenn die militärischen und die politischen Führer der FN, ähnlich wie die Jungen Patrioten, immer wieder ihre Jugendlichkeit als Symbol für eine neue politische Generation betonen, mit der sie sich von Gbagbo, Bédié und Ouattara abgrenzen möchten, nutzen sie die Kategorie Jugend weniger polarisierend. Darüber hinaus sind sie bemüht, auf weitere desintegrative Kategorien wie Bildungsgrad, Ethnizität und Religion zu verzichten (vgl. Arnaut 2005: 112). Im Gegensatz zu den häufig US-amerikanisch anmutenden Jungen Patrioten stellen die Mitglieder der FN durch das ostentative Tragen von Talismanen und auch traditionellen Kleidungsstücken ihre Wertschätzung für die Traditionen des Landes zur Schau, und durch die Einbindung der lokalen religiösen, politischen und kulturellen Autoritäten möchten sie ihre gesellschaftliche Integration demonstrieren.

In Anbetracht der unterschiedlichen Akteure, die in der Gruppe der FN zusammengefasst sind, wird deutlich, dass der von ihr geschaffene Gegen-Raum keineswegs homogen ist, sondern geprägt durch Widersprüche und Heterogenität. Das politische Bewusstsein zwischen politischer und militärischer Führung klappt zum Teil weit auseinander. So rekrutiert sich die politische Führung überwiegend aus Sozialdemokraten

mit akademischem Hintergrund und die militärische Spitze aus Soldaten, die ihre Ausbildung und Berufserfahrungen in einem autokratischen System machten, dessen Sicherheitsapparat von Folter und Korruption gekennzeichnet war. Durch das gemeinsame Interesse der Bevölkerung der nördlichen Côte d'Ivoire, der Militärs und Politiker der FN sowie die strikte Hierarchisierung, klare Kommandostrukturen und Sanktionierung blieb diese heterogene Bewegung trotz einiger Abspaltungen bislang geeint.

Eine neue Dynamik des Friedens?

Wie bereits einleitend angedeutet, ist weniger der Inhalt des politischen Abkommens von Ouagadougou neu als vielmehr die Dynamik des Friedens, die mit dem Wechsel von einer gewaltsamen zu einer friedfertigen und auf Dialog und Ausgleich zielenden Rhetorik begann und von symbolischen Akten fortgeführt wird. Mittlerweile traten z.B. der Präfekt von Bouaké sowie Richter feierlich ihre Ämter an, und auf beiden Seiten wurden Kriegsgefangene aus den Gefängnissen entlassen. Am 30. Juli 2007 besuchte Gbagbo erstmals nach Ausbruch der Rebellion Bouaké, wo er mit den FN und acht afrikanischen Staatsechefs ein großes Friedensfest feierte, bei dem die 'Flamme des Friedens' entzündet wurde. Allerdings waren bereits zu diesem Zeitpunkt Verzögerungen bei der Umsetzung des politischen Abkommens von Ouagadougou zu verzeichnen, weshalb Compaoré schon im Juni 2007 erklärt hatte, dass die Wahlen nicht wie geplant 2007, sondern erst Anfang 2008 durchgeführt werden könnten. Offenbar werden die symbolischen Handlungen genutzt, um die Umsetzung tatsächlicher Reformen weiter hinauszuschieben.

Einige der symbolischen Akte sind so weitreichend, dass sie Risikopotenzial für den Friedensprozess bergen. So tanzte ein Minister der FN als Symbol für die Aussöhnung mit der Vorsitzenden der FPI-Parlamentsfraktion und Gattin des Staatspräsidenten, Simone Gbagbo. Dieser konnten die UN das Kommando über Todeschwadronen nachweisen, die in Reaktion auf den gescheiterten Putsch im Süden der Côte d'Ivoire in Aktion traten. Des Weiteren fungiert der von den UN sanktionierte Führer der Allianz der Jungen Patrioten Goudé als wichtigster Partner der FN für den Friedensprozess. Trotz seiner nachgewiesenen Verbrechen erklären die FN heute ihre Unterstützung für Goudé und fordern die UN öffentlich zur Aufhebung der Sanktionen auf. Diese beiden Beispiele der krassen Grenzüberschreitung hin zu den Tätern von gestern seitens der FN könnten in den Augen der Betroffenen als Hohn gegenüber den Opfern empfunden werden. Schließlich leiden die Opfer der gezielten Verfolgungsaktionen, die Simone Gbagbo und Goudé mitzuverantworten haben, bis heute unter den Folgen der Verbrechen und sie erhalten keine Entschädigung. Eine gewichtige Ursache für den Krieg in der Côte d'Ivoire ist die Straffreiheit von Militärs und Regierung sowie von ihnen nahestehenden Personen. Wenn sich die FN nun von ihrer einstigen Forderung abwenden, die Straffreiheit zu beenden, verlieren sie

an Legitimität, und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass andere Akteure die alten Forderungen übernehmen.

Nach Abschluss des Abkommens von Ouagadougou begehrten diejenigen auf, die nicht von Beginn an in den Prozess integriert worden waren. Den Drohungen eines Boykottes des Aussöhnungsprozesses begegneten die Eliten der ehemaligen Konfliktparteien, indem sie die Störenfriede schnell in den Prozess einbanden. Wie genau mit Gewalt drohende Milizenführer, wie Djué, für den Frieden gewonnen werden konnten, kann nur spekulativ beantwortet werden. Einen großen Teil der Überzeugungsarbeit leisteten sicherlich die Geldbeträge, die ihnen Gbagbo übersandte, und die Sorge vor Sanktionierung bei Verweigerung des Friedensprozesses. Neben den Milizenführern widersetzten sich anfangs auch die Führer der jungen Houphouëtisten; sie konnten aber schnell durch friedlichen Dialog für das breite Friedensbündnis gewonnen werden.

Dass es schlagkräftige Akteure gibt, die den Friedensprozess ablehnen, zeigte sich eingängig beim Attentatsversuch im Juni 2007: Bei dem Beschuss seines Flugzeugs blieb Soro zwar unverletzt, allerdings starben vier seiner Mitarbeiter und zehn weitere Personen wurden verletzt. Die Attentäter wurden nach Angaben der FN festgenommen. Nun soll eine internationale Untersuchungskommission der UN die Auftraggeber identifizieren. Derzeit kursierten in den Medien unterschiedliche Erklärungsmuster. Die einen beschuldigen Kriegschefs der FN, sie wollten den Friedensprozess unterminieren, damit die für sie lukrative Kriegsökonomie bestehen bleibt. Andere sehen die Strippenzieher im direkten Umfeld Gbagbos, in dessen Auftrag der Putschist Ibrahim Coulibaly, vom beninischen Exil aus, Soro Tod geplant haben soll. Auf diese Weise versuche die FPI, die Wahlen weiter nach hinten zu verschieben, da bei deren fairem Verlauf Gbagbos Ausscheiden als sicher gilt (vgl. *Le Monde* 2007).

Die Voraussetzungen für Frieden

Wie in diesem Artikel gezeigt wurde, vollzog sich seit Mitte der 1990er Jahre in der ivoirischen Bevölkerung ein Polarisierungsprozess entlang ethnischer Linien, der zunehmend gewaltsam von Jugendlichen ausgetragen wurde und schließlich in einem Bürgerkrieg mündete. Als Folge befindet sich die Côte d'Ivoire heute auf dem Entwicklungsindex des UN-Entwicklungsprogramms unter den 20 ärmsten Ländern der Welt. Während die Bevölkerung des Landes unter der andauernden Krise am schmerzlichsten leidet, profitieren die herrschenden Eliten sowohl im Norden wie im Süden von der entstandenen Kriegsökonomie, was dem Friedensprozess zuwiderläuft. In den vergangenen Jahren wurde immer wieder deutlich, dass die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung nicht darüber entscheidet, ob Frieden geschaffen wird, sondern der Wille der Mächtigen.

Ein kurzfristiger Friedensschluss ist nur zu erreichen, wenn folgende prioritäre Aufgaben erfüllt sind: die Identifikation der gesamten Bevölkerung und die Aus-

stattung aller Ivorer mit nationalen Ausweispapieren, das DDR-Programm und die Neuformierung der Streit- und Sicherheitskräfte. Dauerhafter Friede kann nur durch einen breitangelegten Demokratisierungsprozess erreicht werden, durch den die Machtdiskrepanzen zwischen den Generationen, den Geschlechtern, den sozialen Gruppen sowie den Herrschern und den Beherrschten ebenso abgebaut werden wie Korruption, Klientelismus und Rassismus. Diejenigen, die in den vergangenen Jahren Menschenrechtsvergehen begangen haben, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Somit muss auch der Straffreiheit ein Ende gesetzt werden. Die Bewohner des Landes müssen ihre Rolle als Bürger erkennen und ermächtigt werden, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Die öffentlichen Angelegenheiten dürfen nicht länger von den Herrschenden monopolisiert werden, die nicht im Sinne des Gemeinwohles agieren, sondern zumeist zum Vorteil ethnisch konstituierter Minderheiten. Zudem braucht der Friedensprozess eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung. Hierfür ist ein konzertiertes Engagement der Internationalen Gemeinschaft notwendig.

Wenn sich die jungen Generationen stärker ihrer gemeinsamen Probleme und Interessen bewusst würden und sie sich zusammenschlossen, könnten sie zu einer Kraft erstarken, die in der Lage wäre, den Friedensprozess zu tragen. Das Motto der FN 'Wir gehören zusammen!' könnte dann von der fragmentierten Jugend auf die gesamte Bevölkerung der Côte d'Ivoire übertragen werden. Erst wenn sich die Ivorer als Bürgergemeinschaft desselben multiethnischen Gemeinwesens begreifen, wäre den politischen Eliten die Grundlage zur Politisierung von Ethnizität entzogen.

Anmerkungen

- 1 Ich danke Gerhard Hauck und den anonymen Gutachtern für ihre konstruktive Kritik.
- 2 Zum Jugendbegriff in ivoirischen Kontexten und zur Rolle Jugendlicher im politischen Prozess der Côte d'Ivoire seit 1990 siehe Rempel i.E.
- 3 Die Ethnogenese zahlreicher ethnischer Gruppen geht auf die Kolonialisten zurück, die sozio-professionelle Bevölkerungsgruppen als Ethnien klassifizierten. Entgegen essentialistischen Perspektiven auf Ethnizität sind Ethnien somit keine primordialen und homogenen Bevölkerungsgruppen, sondern sie entwickeln sich aus der Interaktion zwischen Außenzuschreibung von Gruppen und deren Innensicht. Der Bedeutungswandel des Ethnonyms Dioula lässt sich deshalb auch nur mit einem konstruktivistischen Ansatz zur Erklärung von Ethnizität nachvollziehen (vgl. Bouquet 2003; Werthmann 2005).

Literatur

- AFP (2006): *Côte d'Ivoire: fermeté de Banny, les „patriotes poursuivent leurs actions“*. 25. 7. 2006, <http://news.abidjan.net/article/imprimer.asp?n=203562> (letzter Zugriff: 28. 7. 2006).
- ai (2003): *Länderinformation Côte d'Ivoire*. 1. 12. 2003, <http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/51a43250d61cacfc1256aa1003d7d38/1a2ee0f3b37c49acc1256d320042a0e1?OpenDocument> (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).

- Arnaut, Karel (2005): „Re-generating the Nation. Youth, revolution and the politics of history in Côte d'Ivoire“. In: Jon Abbink & Ineke van Kessel (Hg.): *Vangards or Vandals. Youth, Politics and Conflict in Africa*. Leiden, S. 110-142.
- Banégas, Richard; & Bruno Losch (2002): „La Côte d'Ivoire au bord de l'implosion“. In: *Politique Africaine*, 87, S. 139-161.
- Bédié, Henri Konan (1999): *Les chemins de ma vie*. Saint-Armand-Montrond.
- Bouquet, Christian (2003): „Etre étranger en Côte d'Ivoire: la nébuleuse 'dioula'“. In: *Géopolitique Africaine*, Nr. 9, <http://www.african-geopolitics.org/show.aspx?ArticleId=3446> (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- Bouquet, Christian (2005): *Géopolitique de la Côte d'Ivoire*. Paris.
- CES (1998): „Immigration en Côte d'Ivoire: Le seuil du tolérable est largement dépassé“. In: *Politique Africaine*, Nr. 78, S. 70-74, <http://www.politique-africaine.com/numeros/pdf/078070.pdf> (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- Chauveau, Jean-Pierre (2000): „Question foncière et construction nationale en Côte d'Ivoire“. In: *Politique Africaine*, Nr. 78, S. 94-125.
- Coquéry-Vidrovitch, Catherine; Odile Goerg; Issiaka Mandé; u.a. (Hg.) (2003): *Etre étranger et migrant en Afrique au XXème siècle. Enjeux identitaires et modes d'insertion*. Volume II: Dynamiques migratoires, modalités d'insertion urbaine et jeux d'acteurs. Paris.
- Coulibaly, Tiémoko (2002): „Bürgerkrieg im Namen der Ivoirité. Die Elfenbeinküste hat ihren eigenen Nord-Süd-Konflikt“. In: *die tageszeitung*, 15. 11. 2002, <http://www.taz.de/pt/2002/11/15/a0074.1/textdruck> (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- CURDIPHE (1996): „L'Ivoirité, ou l'Esprit du Nouveau Contrat Social du Président H.K. Bédié, extraits“. In: *Politique Africaine*, Nr. 78, 2000, S. 65-69.
- Daddieh, Cyril Kofie (1996): „Universities and political protest in Africa: The case of Côte d'Ivoire“. In: *Issue: A Journal of Opinion*, XXIV/1, S. 57-60.
- Dembele, Ousmane (2003): „Côte d'Ivoire: La fracture communautaire“. In: *Politique Africaine*, Nr. 89, S. 34-48.
- Elwert, Georg (1989): „Nationalismus und Ethnizität. Über die Bildung von Wir-Gruppen“. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41, S. 440-464.
- Gentili, Anna-Maria (2005): „Ethnicity and Citizenship in Sub Saharan Africa“. In: Patrick Chabal, Ulf Engel & Anna-Maria Gentili, (Hg.): *Is violence inevitable in Africa? Theories on Conflict and Approaches to Conflict Prevention*. Leiden, S. 35-54.
- Hofnung, Thomas (2005): *La crise en Côte d'Ivoire. Dix clés pour comprendre*. Paris.
- HRW (2000): *Election Violence in Abidjan: October 24-26, 2000*. <http://www.hrw.org/backgroundunder/africa/IvoryCoastbrf.htm> (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- Jakobeit, Cord (1995): „Côte d'Ivoire“. In: Rolf Hofmeier & IAK (Hg.): *Afrika Jahrbuch 1994. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara*. Opladen, S. 89-93.
- Jakobeit, Cord (1996): „Côte d'Ivoire“. In: Rolf Hofmeier & IAK (Hg.): *Afrika Jahrbuch 1995. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara*. Opladen, S. 99-104.
- Jakobeit, Cord (2001): „Côte d'Ivoire“. In: Rolf Hofmeier, IAK & Cord Jakobeit (Hg.): *Afrika Jahrbuch 2000. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Afrika südlich der Sahara*. Opladen, S. 92-97.
- Konaté, Yacouba (2003): „Les enfants de la balle: De la FESCI aux mouvement des patriotes“. In: *Politique Africaine*, Nr. 89, S. 49-70.
- Konaté, Yakouba (2005): „Côte d'Ivoire: Le Canari d'Eau de Jacques Chirac“. In: *Politique Africaine*, Nr. 97, S. 117-132.
- Koné, Mamadou (2003): *Houphouët-Boigny et la crise ivoirienne*. Paris.
- Köfler, Reinhart; & Tilman Schiel (1997): „Ethnizität: Selbstorganisation und Strategie“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 67, S. 7-27.
- Laloupo, Francis (2004): „The Ivory Coast or the Chessboard of mysteries“. In: *Géopolitique Africaine*, Nr. 11, S. 171-184.

- Lanoue, Eric (2003): „L'École à l'Épreuve de la Guerre“. In: *Politique Africaine*, Nr. 92, S. 129-143.
- LeBlanc, Marie Nathalie (2003): „Between Ethnicity, Religion and Citizenship: Young Muslims in Côte d'Ivoire“. In: Catherine Coquery-Vidrovitch; Odile Goerg; Issiaka Mandé; u.a. (Hg.): *Etre étranger et migrant en Afrique au XXème siècle. Enjeux identitaires et modes d'insertion. Volume II: Dynamiques migratoires, modalités d'insertion urbaine et jeux d'acteurs*. Paris, S. 233-259.
- Le Monde (2006): *En Côte d'Ivoire, le parti au pouvoir se retire du processus de paix*. 17. 1. 2006, http://www.lemonde.fr/web/imprimer_element/0,40-0@2-3212,50-731752,0.html (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- Le Monde (2007): *L'ONU enquêtera sur l'attentat raté contre Guillaume Soro*. 13. 7. 2007., http://www.lemonde.fr/web/imprimer_element/0,40-0@2-3212,50-935187,0.html (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- Lentz, Carola (2001): „Ethnizität in Afrika – Konzepte, Kontroversen, Praktiken“. In: *Ethnoscripts*, 3. Jg. H. 1, S. 67-82.
- Marshall-Fratani, Ruth (2004): „Der Geist aus der Flasche. Die Rolle der rebellierenden Jugend im Konflikt der Côte d'Ivoire“. In: *Der Überblick*, Nr. 40, S. 27-31.
- N'Da, Paul (1993): „Luttes enseignantes, luttes étudiantes et processus de démocratie en Afrique Noire“. In: *Internationale Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 39. Jg. H. 6, S. 519-530.
- Notre Voie (2006): *Naturalisation à tour de bras des étrangers: Qui veut brader notre nationalité?* 8. 4. 2006, <http://news.abidjan.net/article/imprimer.asp?n=185888> (letzter Zugriff: 8. 4. 2006).
- ONUCI (2005): *Cinquième rapport intérimaire du Secrétaire général sur l'Opération des Nations Unies en Côte d'Ivoire. 17 juin 2005*. <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N05/389/21/PDF/N0538921.pdf?OpenElement> (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- Proteau, Laurence (2002): *Passions scolaires en Côte d'Ivoire*. Paris.
- Proteau, Laurence (2005): „De la guerre scolaire au conflit armé en Côte d'Ivoire. Entretien avec Laurence Proteau“. In: *Journal des anthropologues*, Nr. 100/101, S. 249-263.
- RHDP (2005): *Accord politique entre Houphouëtistes du 21 mai 2005*. http://www.democraci.org/article.php3?id_article=138 (letzter Zugriff: 20. 6. 2006).
- Rompel, Dörte (i.E.): *Rebellen oder Patrioten? Jugend im politischen Prozess der Côte d'Ivoire von 1990 bis heute*. Frankfurt a.M.
- RSF (2005): *Côte d'Ivoire. Il est temps de «désarmer les esprits, les plumes et les micros»*. Mai 2005. http://www.rsf.org/IMG/pdf/RSF_-_Cote_d_Ivoire_FR.pdf (letzter Zugriff: 28. 7. 2007).
- Rueff, Judith (2004): *Côte d'Ivoire. Le feu au pré carré*. Paris.
- Soro, Guillaume (2005): *Pourquoi je suis devenu un rebelle*. Saint-Amand-Montrond.
- Werthmann, Katja (2005): „Wer sind die Dyula? Ethnizität und Bürgerkrieg in der Côte d'Ivoire“. In: *afrika spectrum*, Nr. 40, S. 221-240.
- Zoro-Bi, Epiphane (2004): *Juge en Côte d'Ivoire. Désarmer la violence*. Paris.

Anschrift der Autorin:

Dörte Rompel

d.rompel@yahoo.de